

Veröffentlicht in: St. Galler Tagblatt, 8. Dezember 1999, S. 10.

## **Sicherheitspolitik in der Neutralitätsfalle**

Heiko Borchert

In den vergangenen Monaten kam Bewegung in die Schweizer Sicherheitspolitik: Die Unterstützung des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge im Kosovo durch drei Super-Puma Helikopter, die Veröffentlichung des sicherheitspolitischen Berichts 2000 sowie die Entsendung der SWISSCOY sind bekannte Beispiele. In die Zufriedenheit über das Erreichte mischt sich jedoch auch Kritik.

Unter dem Motto "Sicherheit durch Kooperation" setzt die Regierung auf die verstärkte nationale und internationale Zusammenarbeit. Verfolgte man nach 1990 noch den sicherheitspolitischen Alleingang, so passt man sich nun den gesamteuropäischen Entwicklungen an. Dieser Schritt ist ebenso überfällig wie innenpolitisch umstritten. Überfällig ist er, weil die Schweiz durch ihr Abseitsstehen von der NATO und der EU immer mehr den Anschluss zu verlieren droht. Umstritten ist er, weil zentrale Pfeiler der bisherigen Sicherheitspolitik wie die Strategie der Abschreckung oder die Konzentration auf die Selbstverteidigung in Frage gestellt werden. Im Kosovo-Konflikt hat sich der neue Weg grundsätzlich bewährt. Probleme bereitet dagegen die Frage nach dem künftigen Stellenwert der Neutralität.

### *Die Neutralitätsfalle*

Die politischen Verantwortungsträger laufen Gefahr, in die Neutralitätsfalle zu tappen: Sie argumentieren, dass es angesichts der sicherheitspolitischen Lage in Europa nicht erforderlich sei, über den Sinn der Neutralität oder über einen NATO-Beitritt zu diskutieren. Doch der Schein trügt.

Erstens hat diese Haltung im Kosovo-Konflikt zu Widersprüchen geführt. Während sich das Departement Ogi aktiv engagierte, schwankten das Aussenministerium und der Bundesrat zwischen moralischer Verurteilung der Taten Milosevics und aktiver Parteinahme für die NATO-Staaten einerseits sowie unzureichender Unterstützung der EU-Sanktionen, Verweigerung des Transitrechts für NATO-Flugzeuge während der Luftangriffe und Wahrnehmung von Schutzmandaten in Belgrad andererseits. Hier tut Klärung dringend Not. Nicht nur, um die Glaubwürdigkeit der Politik zu gewährleisten, sondern auch, um zu verhindern, dass solche Differenzen ein innenpolitisches Vakuum erzeugen, das von bestimmten Kreisen zur politischen Stimmungsmache genutzt wird.

### *Immer weniger Spielraum*

Zweitens werden die Handlungsspielräume der Neutralen immer enger. NATO und EU sind jüngst zusammengedrückt. Spätestens mit der geplanten Eingliederung der Westeuropäi-

schen Union in die EU wird diese sicherheits- und verteidigungspolitisch aktiver werden. Die österreichische EU-Präsidentschaft im Herbst 1998 zeigte: Es wäre Wien nicht möglich gewesen, seine Präsidentschaft und damit die EU-NATO-Verhandlungen unter Hinweis auf die eigene Neutralität ohne Verlust der politischen Glaubwürdigkeit niederzulegen. – Drittens erkennt Bern den sicherheitspolitischen Nutzen der Europäischen Union zum falschen Zeitpunkt. Die Kommission und die EU-Staaten haben aus dem Kosovo-Konflikt gelernt: Sie vertiefen die Integration in der Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und erweitern sie durch die Entscheidungen, die Beitrittsverhandlungen neu mit zwölf, statt bloss sechs Staaten aufzunehmen und die südosteuropäischen Länder durch den Stabilitätspakt langsam an die EU heranzuführen. Die Schweiz ist von beiden Entwicklungen direkt betroffen, ohne diese beeinflussen zu können. Das wird sich gerade in der Flüchtlings- und Asylpolitik negativ auswirken.

### *Integration unerlässlich*

Die neue Sicherheitspolitik hat den "parlamentarischen Elchtest" noch nicht bestanden. Zur Nagelprobe werden u.a. die Frage der Selbstbewaffnung bei Friedenseinsätzen, die künftige Ausgestaltung der Rüstungsprogramme und die finanzielle Unterstützung der Entwicklungshilfeszusammenarbeit. Zudem bleibt sicherheitspolitische Öffnung ohne aussenpolitische Integration wirkungslos. Diese erfordert erstens eine Diskussion über den Sinn der Neutralität in einem Zeitalter, in dem die Schweiz und ihre Nachbarn denselben Risiken ausgesetzt sind und von denselben Chancen profitieren. Zweitens reicht der Abschluss der sektoriellen Verträge mit der EU nicht aus. Wichtige Fragen, die unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten für die Schweiz von Interesse sind, bleiben davon unberührt. Deshalb kann es zum strategischen Ziel eines EU-Beitritts ebenso keine Alternativen geben wie zur aktiven Mitgliedschaft in der NATO.

Drittens muss man die politische Rechte beim Wort nehmen. Sie argumentiert, ein Kleinstaat müsse in der Aussenpolitik auf die Stärke des Rechts setzen. Wer dies will, der kann sich – aller Schwächen zum Trotz – vor dem UNO-Beitritt nicht drücken.

Heiko Borchert promovierte an der HSG mit der im Rahmen des NFP 42 verfassten Arbeit "Europas Sicherheitsarchitektur: Erfolgsfaktoren, Bestandsaufnahme, Handlungsbedarf". Von 1996 bis 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Internationale Studien, ETH Zürich; heute freiberuflicher Berater.